



KOO - Presseaussendung

Titel: EU riskiert den Kollaps des Klima-Deals. Sie torpediert die Verantwortung für den Klimawandel – Hilfsorganisationen fordern zusätzliche Gelder für Klimafinanzierung

Wien, 20. Oktober. Nach Plan der Finanzminister der Europäischen Union, die heute in Luxemburg tagen, wird Europa keine zusätzlichen Gelder bereitstellen, um die armen Länder im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen. Europas katholische Hilfsorganisationen warnen indessen davor, dass dieses Ergebnis des Treffens der Finanzminister die bevorstehenden Klimaverhandlungen zum Scheitern bringen und die Armutssituation in Entwicklungsländern zusätzlich verschärfen könnte.

Die von den Finanzministern ausgehandelten Vorschläge, welche als Grundlage für die Diskussion der europäischen Regierungschefs am 29. und 30. Oktober dienen, lassen Zusagen über die Zusätzlichkeit der Klimafinanzierung zu der bereits eingegangenen Verpflichtung von 0,7% des Bruttoinlandsprodukt für Entwicklungszusammenarbeit vermissen. Die Hilfswerke zeigen sich enttäuscht über die rein rhetorischen Zugeständnisse der Finanzminister, Klimafinanzierung dürfe Armutsbekämpfung und die Erreichung der Millennium Entwicklungsziele nicht unterlaufen. Entwicklungsorganisationen warnen, dass ohne Zusätzlichkeit der Mittel für Klimafinanzierung, dies die Armutsbekämpfung ins Gegenteil kehren würde.

Josefa Molitor-Ruckenbauer, Koordinatorin der Kampagne "Klima fair bessern!" der katholischen Hilfswerke:

"Europa darf das Budget für Entwicklungshilfe nicht für seine historische Verantwortung im Klimawandel ausschachten. Die ärmsten Länder und Bevölkerungsgruppen dürfen sich nicht gezwungen sehen, etwa zwischen Hochwasserschutz und dem Bau von Schulen zu wählen. Die Europäischen Regierungschefs müssen deshalb Modelle für zusätzliche Finanzierung auf den Tisch legen."

Bis zu den internationalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen verbleiben nur noch wenige Wochen und die Klimafinanzierung droht diese Konferenz in eine Farce der reinen Rhetorik verwandeln. Die Reichsten dieser Erde sind zugleich die größten Klimasünder. Darum fordern die Entwicklungsorganisationen von ihnen, ernsthafte Angebote für Klimafinanzierung, die sie als Kompensationszahlung für angerichtete Schäden verstehen, vorzulegen.

Bislang entspricht keines der von der Europäischen Union diskutierten Modelle zur Klimafinanzierung auch nur im Ansatz den Bedürfnissen der armen Länder, um dem Klimawandel begegnen zu können. Demnach muss die EU mindestens 35 Milliarden Euro an neuen Mitteln für Maßnahmen der Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel zur Verfügung stellen, so die Forderung der Entwicklungsorganisationen.

Heinz Hödl, Geschäftsführer der Koordinierungsstelle und Vizepräsident der CIDSE warnt:

„Mit den Vorschlägen der Finanzminister wird eine Wiederholung einiger der größten Fehler der Entwicklungszusammenarbeit riskiert. Es braucht innovative, internationale Quellen für Finanzierung, die über nationale Budgets hinausgehen. Nur so kann die Vorhersehbarkeit der Finanzflüsse, die sich nicht an nationalen Wahlzyklen und den Launen der Reichen orientieren, garantiert werden.“
Konkrete Vorschläge für innovative Finanzierungsmaßnahmen, die ohne große Zusatzbelastungen für nationale Budgets auskommen, liegen auf dem Tisch.

Rückfragenachweis: Mag.a Josefa Molitor-Ruckenbauer, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung und Mission,
Tel.: 01 317 03 21-74; mobil: 0676 756 73 00
E-Mail: j.molitor@koo.at